

nungspunkt 6 noch mit dieser Thematik befassen.

Ich erinnere mich auch an die von den Kollegen der PDS an die Wand gemalten Horrorszenarien und den erst wenige Wochen vor dem 1. Januar langsam vollzogenen Schwenk. Erst spät erkannte die PDS die mit einer Totalverweigerungshaltung verbundenen Gefahren und erst spät erfolgte dann ein allmählicher konstruktiver Umgang mit der Umsetzung dieser Arbeitsmarktreform - mit einer Arbeitsmarktreform, meine Damen und Herren, die im Hinblick auf die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe und auf eine bessere Beratung und Unterstützung der Arbeit Suchenden seit Jahren überfällig war. Lange hat die Politik dem Verschieben von Menschen zwischen zwei steuerfinanzierten Leistungssystemen und zwei Behörden weit gehend untätig zugeschaut. Man kann über den Leistungsumfang und die Art der Förderung innerhalb des SGB II sicherlich unterschiedlicher Meinung sein und auch ich kann mir höhere Ansprüche vorstellen. Über die Zusammenlegung und die endlich in Angriff genommene bessere Beratung und Förderung sollten wir uns aber gemeinsam freuen.

All diese einerseits erwarteten und andererseits befürchteten Horrorszenarien sind nicht eingetreten. Sie werden verstehen, dass mich dies nicht nur politisch freut, sondern dass es mich und die SPD-Landtagsfraktion vor allen Dingen für die von den Leistungen dieses Gesetzes abhängigen Menschen freut. Dass dies trotz der unredlichen Störversuche der CDU auf Landes- und Bundesebene und der gewollten Zeitverzögerung derart konstruktiv bewältigt werden konnte, dies ist vor allen Dingen dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen und in der Bundesagentur für Arbeit geschuldet. Sie haben in den letzten Monaten bewiesen, wie leistungsfähig Behörden sein können und wie engagiert Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind. Ihnen allen möchte ich im Namen der SPD-Landtagsfraktion für die geleistete Herkulesaufgabe ausdrücklich danken.

(Beifall bei der SPD)

Als jemand,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:  
Das glauben Sie doch selber nicht!)

der die unterschiedlichen Kulturen der hier nun endlich zusammenarbeitenden Behörden und die Probleme der Hilfe Suchenden kennt, weiß, wovon ich spreche und was hier in wenigen Monaten geleistet worden ist.

Wenn der Herr Ministerpräsident tatsächlich seine Landesverwaltung nach langjähriger Untätigkeit endlich reformieren will, dann sollte er sich bei den Land-

kreisen und kreisfreien Städten Rat holen, anstatt diese mit immer neuen Tricks in ihrer Handlungsfähigkeit zu behindern. Diese Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist auch ein Beispiel dafür, wie man Verwaltung im Dialog mit den Beschäftigten verändern kann, statt per Regierungserklärung oder auf dem Verordnungswege Chaos zu produzieren. Der Start von Hartz IV in Thüringen und im Bundesgebiet lässt sich unter Berücksichtigung des von mir beschriebenen Störfeuers und des enormen Zeitdrucks in der Sprache der Ärzte vielleicht so beschreiben: Dem Patienten geht es den Umständen entsprechend gut. Wenden wir die Sprache der Ärzte hingegen auf die angekündigten Veränderungen der Landesverwaltung an, dann würde die Diagnose wohl lauten: Die Operation ist noch nicht beendet, vielleicht auch gar nicht begonnen. Der Patient ist mittlerweile völlig gelähmt, aber alles wird gut, bestimmt, man muss nur daran glauben.

Deshalb, meine Damen und Herren von der CDU, gestatten Sie mir abschließend zwei Wünsche - nein, zwei Aufforderungen. Erstens: Lassen Sie sich von den Kommunen beraten, wenn es um die Modernisierung der Landesverwaltung geht, die sind Ihnen Nasenlängen voraus. Zweitens: Tragen Sie endlich Ihren Teil zu einer besseren Förderung langzeitarbeitsloser Menschen bei, beenden Sie Ihre Untätigkeit. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Danke schön. Als Nächster hat das Wort Abgeordneter Günther, CDU-Fraktion.

#### **Abgeordneter Günther, CDU:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der umfassendste Sozialumbau der Nachkriegszeit ist seit wenigen Wochen ein Stück weit Realität: Hartz IV. Entgegen den Rufen auf der Straße und entgegen den Schwarzmalern, die auch zum Teil die Ölkannen schon wieder bereitgestellt hatten, ist zu Beginn des Jahres kein Hilfebedürftiger ohne Geld geblieben.

(Beifall bei der CDU)

Hier, meine Damen und Herren, ist ein Kraftakt in besonderer Art von den Verwaltungen geleistet worden und ich schließe mich hier meinen Vorrednern bedingungslos an. Herzlichen Dank an die, die das vollbracht haben.

In fast allen Landkreisen und Städten haben sich Arbeitsgemeinschaften mit Mitarbeitern aus der Agentur für Arbeit und den örtlichen Sozialhilfeträgern ge-

bildet. Zwei Kommunen haben die Optionsmöglichkeit genutzt, um die Leistungen rund um das SGB II selbst zu erbringen. Besonders bei den Kommunen, die frühzeitig angefangen haben, sich mit der Bildung der Arbeitsgemeinschaften zu beschäftigen und nicht darauf gehört haben, ob das Gesetz vielleicht so kommt oder auch gar nicht kommt, gab es weder personelle Probleme noch Mängel an der Ausstattung. Durch die personelle Absicherung, Grundabsicherung, liegt der Betreuungsschlüssel jetzt bei 1 : 75, was die Jugendlichen anbelangt. Besonders die gesetzlich festgeschriebenen Angebote für die Jugendlichen unter 25 Jahren können hierdurch besser sichergestellt werden. Bis März wird für jeden eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen sein. Von den Anträgen sind insgesamt 93 Prozent zurückgefallen, 17 Prozent der Betroffenen erhielten einen abschlägigen Bescheid. Häufiger Grund für die Ablehnung war das Einkommen des Partners oder aber auch vorhandenes anrechenbares Vermögen.

Die Anträge wurden und werden weiterhin kontinuierlich bearbeitet und bei dringendem Bedarf werden von den Arbeitsgemeinschaften Vorschüsse zur Existenzsicherung gewährt. Bei Fällen, in denen keine Überweisung durch fehlende Bankdaten stattgefunden hat - es kann ja einmal passieren, dass eine Null an der falschen Stelle sitzt - wurde eine Barauszahlung der ArGes gesichert. Die Betreuung der Leistungsbezieher hat sich mit Einführung des Gesetzes fast schlagartig verbessert. Durch die Regionalisierung in den Arbeitsgemeinschaften können die Vermittler vor Ort auf gebietsspezifische Probleme besser eingehen. Dabei hilft ihnen auch die Einteilung der Betroffenen und der Teams in Sozialräume. Es wird nicht mehr nach dem starren Schema der Bundesagenturen nach der Reglementierung in Buchstaben von A bis F gearbeitet. Hier hat man von den Erfahrungen der kommunalen Sozialhilfeträger und der dort mitarbeitenden Kommunalen sehr viel gelernt. Aber, wenn wir über Regionalisierung reden, sollte perspektivisch auch das Geld regionalisiert werden, um hier einige Hürden - wir haben unlängst darüber gesprochen - abbauen zu können, dass nicht, wenn drei Bleistifte gebraucht werden, erst in Nürnberg nachgefragt werden muss.

Auch die von den Demonstranten propagierte Umzugswelle ist ausgeblieben. Nur in seltenen Einzelfällen fordern die Arbeitsgemeinschaften die Betroffenen dazu auf, sich in einem Zeitraum von sechs Monaten um einen angemessenen Wohnraum zu kümmern. In diesen Fällen erfolgt eine Einzelprüfung der individuellen Verhältnisse der AL-II-Empfänger: Zahl der Familienangehörigen, Alter und vor allem Gesundheitszustand und die Kosten, die der Umzug verursachen würde. Hier gilt es, pflichtgemäßes Ermessen auszuüben und das wird getan. Selbst ge-

nutztes Wohneigentum ist besonders geschützt. Zu den Kosten der Unterkunft gehören z.B. auch Schuldzinsen, Grundsteuer, Wohngebäudeversicherung. Von einer Verslumung, die heute Herr Spieth prophezeit, kann wohl keine Rede sein.

(Beifall bei der CDU)

Dazu passt auf der anderen Seite aber nicht, dass z.B. ausgezahlte Bausparverträge, wie von Frau Leukefeld auch angesprochen, die ein Zuwendungsempfänger zur Schuldtilgung angespart hat, in Gänze als Vermögenswert angerechnet werden - ein typischer Fall für die Monitoringgruppe und ein Zeichen dafür, dass es sich um einen dynamischen Prozess auf gänzlich neuem Terrain handelt. Es gibt allerdings auch keinen Grund, sich zurückzulehnen und es gibt auch für mich einige Punkte, die verbesserungsbedürftig sind. Wie bereits angesprochen, die Bescheide völlig unverständlich, für den Betroffenen nicht nachvollziehbar. Die Betroffenen lesen sie verunsichert, haben Angst und legen dadurch auch keinen Widerspruch ein, obwohl der Bescheid vielleicht fehlerhaft oder falsch ist. Des Weiteren - die Neubearbeitung nach Ablauf der vorgeschagten Frist: Auch hier, denke ich, muss sich dringend eine Veränderung ergeben und ich fordere hier die Rechtsaufsicht und die Fachaufsicht auf, zu handeln. Ein großes Problem, was ich noch darstellen möchte

**Vizepräsidentin Pelke:**

Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

**Abgeordneter Günther, CDU:**

- ich komme zum Schluss -, sind die Nichtleistungsempfänger, ein echt schweres Problem. Hier droht eine Gruppe tatsächlich durch das Netz zu fallen. Abschließend möchte ich an das hohe Haus appellieren, diesen einschneidenden Prozess kritisch, aber vor allem konstruktiv im Interesse unserer Menschen zu begleiten. Ein Zurück wird es nicht geben. So schlecht sind wir nicht aufgestellt. Die CDU-Fraktion jedenfalls wird sich konstruktiv mit einbringen und z.B. die Zusammenarbeit mit dem DGB verstärken, indem ich als arbeitsmarktpolitischer Sprecher zukünftig in der Arbeitsgruppe mitwirken werde. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Pelke:**

Mit sehr viel Kulanz. Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Abgeordnete Taubert, SPD-Fraktion.